

Bundeswehr

Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestiegen

Immer mehr Reservisten der Bundeswehr verweigern seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs den Kriegsdienst. Die Linke kritisiert vor diesem Hintergrund die Bundesregierung.

Aktualisiert am 26. Oktober 2022, 11:10 Uhr ⓘ / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, [as](#), [fa](#) / [451 Kommentare](#) /

[ARTIKEL HÖREN](#)



Immer weniger Bundeswehrsoldaten wollen offenbar im Krieg kämpfen. © Sebastian Gollnow/dpa

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine stellen deutlich mehr Menschen in Deutschland einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Die Zahl der Verweigerungen erhöhte sich laut einer Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage des Verteidigungsausschusses von 209 im ganzen Jahr 2021 auf 810 in den ersten acht Monaten des Jahres 2022.

Der Mitteilung zufolge ging die Zahl der Verweigerungen aus den Reihen der aktiven Soldatinnen und Soldaten dabei im Jahresvergleich von 176 auf 136 zurück, während sie bei Reservistinnen und Reservisten und insbesondere bei Ungedienten sehr deutlich zunahm. Bei den Reservistinnen und Reservisten gab es einen Anstieg von 10 auf 190. Bei den Ungedienten waren nach 23 Anträgen im Vorjahr bis Ende August dieses Jahres bereits 484 Anträge eingegangen.

Mehr zum Thema

Bundeswehr

Alexander Krone

"Es ist richtig, dass bei uns genau hingeguckt wird"

[<https://www.zeit.de/arbeit/2022-10/alexander-krone-ukrainekrieg-arbeit-podcast>]

Militär in Deutschland

Von wegen Zeitenwende

[<https://www.zeit.de/politik/2022-10/militaer-deutschland-olaf-scholz-bundeswehr-sicherheitspolitik>]

Sicherheit von Hamburg

Wer schützt uns?

[<https://www.zeit.de/2022/40/sicherheit-hamburg-angriff-bunker-bundeswehr>]

Weitere Beiträge → [<https://www.zeit.de/thema/bundeswehr>]

Allerdings ist die Wehrpflicht in Deutschland seit 2011 ausgesetzt. Um einen vergleichbaren Wert zur Kriegsdienstverweigerung zu bekommen, ist deshalb vor allem die Zahl bei den aktiven Soldaten und teilweise auch bei den Reservisten von Relevanz.

Die Linke kritisierte vor diesem Hintergrund die Bundesregierung. Sevim Dağdelen, Obfrau im Auswärtigen Ausschuss, sagte, es schlage sich Sorge "vor den Folgen des militärischen Eskalationskurses der Bundesregierung in der Ukraine nieder". Sie sagte: "Die unverhohlene Zielstellung der Ampel-Koalition, Deutschland zur militärischen Großmacht aufzurüsten, beflügelt offenbar diese Abstimmung mit den Füßen."

STARTSEITE › [<https://www.zeit.de/index>]